

## 15. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### **Wettbewerb statt Stillstand - Straßenbahn nach Schmöckwitz, Rosenthal, Niederschönhausen und andere erhalten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass das bestehende Straßenbahnnetz erhalten wird und notwendige Sanierungsmaßnahmen erfolgen. Schienenstrecken in Berlin, die wie die Uferbahn nach Schmöckwitz oder die Metrolinien nach Rosenthal und Niederschönhausen von der BVG aus Kostengründen nicht weiter betrieben werden sollen, müssen öffentlich ausgeschrieben werden.

Die für den Betrieb der jeweiligen Strecke ggf. notwendigen Investitionen in die Infrastruktur sowie Betriebszuschüsse sind durch die vom Senat aufzubauende Bestellerorganisation für den ÖPNV zu ermitteln und in die Ausschreibung zu integrieren.

Im Fall einer erfolgreichen Ausschreibung ist die Zuweisung an die BVG anteilig um die für den Betrieb der jeweiligen Strecke notwendigen Investitions- und Betriebszuschüsse von der Gesamtzuweisung zu vermindern.

#### ***Begründung***

Die BVG stellt den Fortbestand der sog. Ufer(Straßen)bahn nach Schmöckwitz, die Straßenbahnstrecke nach Rosenthal und weitere Linien in Frage.

Damit wird deutlich, dass die BVG nicht nur Entscheidungen über den Nahverkehrsbetrieb, sondern auch über die Infrastruktur treffen will. Doch Entscheidungen über das Verkehrsnetz und das Angebot müssen beim Land Berlin als Besteller liegen. Die BVG hat als Aufgabenträger und Zuschussempfänger den vereinbarten Betrieb und die Infrastruktur zu sichern.

Die öffentliche Auseinandersetzung um den Fortbestand mehrerer Straßenbahnlinien zeigt, dass sich der Einfluss der Berliner Politik auch auf weitreichende verkehrspolitische Entscheidungen der BVG allzu oft in öffentlichen Appellen und Stellungnahmen erschöpft. Angesichts des immensen Zuschusses von öffentlichen

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Mitteln an die BVG - sowohl für die Infrastruktur als auch den Betrieb - ist dieser Zustand nicht länger hinnehmbar.

Es muss daher festgelegt werden, dass ÖPNV-Strecken, die die BVG nicht oder nicht weiter betreiben will, öffentlich ausgeschrieben werden. Der für den Betrieb der Strecke und evtl. notwendige Investitionen in die Streckeninfrastruktur benötigte Betrag kann nur von der vom Senat aufzubauenden Bestellerorganisation neutral und diskriminierungsfrei ermittelt werden.

Sollte ein Dritter unter den genannten Bedingungen den gewünschten Verkehr anbieten können, so sind die dafür notwendigen Mittel von den Zuweisungen an die BVG abzuziehen. Selbstverständlich kann und soll sich auch die BVG an derartigen Ausschreibungen beteiligen.

Berlin, den 19. Juni 2006

Dr. Klotz Ratzmann Hämmerling  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen